

Haus & Grundbesitzer: Steuerreform 2015 ist investitionsschädigend!

Utl: Studie des ÖVI belegt Wirtschaftsfeindlichkeit - Höchste Vorsicht bei Novelle des Mietrechtsgesetzes ist geboten!

"Was wir seit Beginn der Verhandlungen über eine Steuerreform getrommelt haben, ist nun bestätigt: Die Steuerreform verhindert Investitionen vor allem in der Immobilienwirtschaft", so Dr. Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus und Grundbesitzerbundes zu einer Studie von Agnes Streissler-Führer, die für das ÖVI eine umfassende Untersuchung erstellt hat. "Die Veränderungen in der Gesetzeslage aufgrund der Steuerreform, vor allem die verlängerten Abschreibungsmodalitäten, wirken sich negativ auf die Investitionen und deren Anreize in der Immobilienbranche aus", so Prunbauer, der weiter ausführt: "Wir haben vor solchen Szenarien eindringlich gewarnt!". Außerdem zeigt der Präsident der Haus und Grundbesitzer gleich weiter auf: "Die Kettenreaktion sollte uns allen klar sein: Eine Verringerung der Investitionen im Wohnbau wiederum führt zu weniger Wertschöpfung, weniger Beschäftigung, weniger Einnahmen beim Fiskus und letztlich zu weniger dringend benötigtem Wohnraum."

"Wenn es so weitergeht, erblasst Wien bald wieder im Grau der 70er"

Prunbauer warnt vor weiteren kurzsichtigen Vorstößen: "Wenn die geplante Novelle des Mietrechtsgesetzes ähnlich vermietet- und eigentümerfeindlich ausfällt, wird bald niemand mehr investieren, weil es sich schlicht nicht auszahlt. Es wird niemand mehr sanieren, niemand mehr den Elektriker und Tischler von nebenan beschäftigen und es wird niemand mehr bereit sein etwas für das Stadtbild zu tun. Wir befinden uns auf dem besten Weg zurück in das Wien der 70er Jahre, als alles noch grau in grau war. Ganz im Gegenteil muss das aktuelle Mietrecht dringend von den Auswüchsen einer Zweiklassengesellschaft befreit werden. Als absolutes Minimum bedarf es laut Prunbauer einer Anpassung von Altmietverträgen auf das aktuelle Niveau, einer Begrenzung der Eintrittsrechte auf ein vernünftiges Maß sowie gesicherter Anhebungsmöglichkeiten bei laufenden Mietverträgen. Prunbauer fasst zusammen: "Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und die Privaten tätigen die Investitionen auf dem Wohnungsmarkt. Beide werden derzeit dafür bestraft, dass sie den Wohlstand erhalten wollen. Es ist höchst an der Zeit, die Notbremse zu ziehen!"

Rückfragehinweis:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund

Florian Gross, B.A., M.A.

Pressesprecher (Of Counsel)

A-1010 Wien, Landesgerichtsstraße 6

Mobil: +43 676 87 42 91 76

Internet: www.oehgb.at

Email: florian.gross@oehgb.at



Österreichischer
Haus- und
Grundbesitzerbund

Kompetenz unter einem Dach